

Herrn Bürgermeister
Christian Küsters
Doerkesplatz 11
41334 Nettetal

Nettetal, 1. September 2026

„Nettetal-Pakt für solide Finanzen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Küsters,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Nettetal beantragt, die nachfolgenden Beschlussvorschläge den zuständigen Gremien des Rates zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

Beschlussvorschlag

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept mit einem Konsolidierungshorizont bis zum Jahr 2038 zu erarbeiten und dem Rat der Stadt Nettetal zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Fahrplan zu erarbeiten, mit welchen strukturellen und organisatorischen Maßnahmen bis zum Jahr 2036 insgesamt 100 Stellen innerhalb der Stadtverwaltung eingespart werden können. Dabei sind insbesondere die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der beschlossenen Organisationsuntersuchung zu berücksichtigen. Stellenreduzierungen sollen durch natürliche Fluktuation und eine restriktive Nachbesetzung freiwerdender Stellen erreicht werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen konkreten Umsetzungsfahrplan für die strategische Weiterentwicklung der städtischen IT und Digitalisierung für die kommenden fünf Jahre zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen. Dieser soll insbesondere darstellen, welche digitalen Anwendungen, Softwarelösungen und technischen Werkzeuge



schrittweise innerhalb der Stadtverwaltung eingeführt und flächendeckend eingesetzt werden sollen, um Verwaltungsprozesse dauerhaft zu vereinfachen, die Sachbearbeitung zu entlasten und weitere Effizienzgewinne zu ermöglichen. Dabei ist insbesondere auch aufzuzeigen, wie neue technologische Entwicklungen, insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz, fortlaufend bewertet, erprobt und bei erkennbarem Mehrwert zeitnah in die Verwaltungsarbeit integriert werden können.

4. Der Rat der Stadt Nettetal legt fest, dass sich der Hebesatz der Gewerbesteuer künftig grundsätzlich am jeweils für Nettetal maßgeblichen fiktiven Hebesatz nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz Nordrhein-Westfalen orientiert. Die Verwaltung wird beauftragt, bei zukünftigen Haushaltssatzungen eine entsprechende Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes vorzusehen.

5. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen und dem Rat darzustellen, an welchen Standorten und in welchem Umfang in Nettetal zusätzliche Gewerbeflächen entwickelt und erschlossen werden können. Dabei ist insbesondere eine mögliche Erweiterung des Gewerbegebietes Nettetal-West zu untersuchen. Die Prüfung soll Aussagen zu Flächenpotenzialen, planungsrechtlichen Voraussetzungen, Erschließungsmöglichkeiten und einer möglichen zeitlichen Realisierung enthalten.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, durch die Wirtschaftsförderung ein strategisches Konzept für die zukünftige Unternehmensansiedlung in Nettetal zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen. Darin soll insbesondere aufgezeigt werden, welche zukunftsfähigen Branchen und Wirtschaftszweige für den Standort Nettetal besondere Entwicklungspotenziale bieten und künftig gezielt angesprochen und angesiedelt werden sollen. Dabei sind Möglichkeiten zur Bildung und Weiterentwicklung wirtschaftlicher Cluster, zur Vernetzung bestehender Unternehmen mit Neuansiedlungen sowie konkrete Maßnahmen einer zielgerichteten Ansiedlungsstrategie darzustellen.

Begründung

Mit geplanten jährlichen Defiziten von rund 20 Millionen Euro in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 befindet sich die Stadt Nettetal in einer außerordentlich angespannten finanziellen Situation. Zwar hat der Rat im Mai 2026 den Doppelhaushalt für die Jahre 2026 und 2027 beschlossen. Mit der Verabschiedung dieses Haushaltes darf die politische Befassung mit der Haushaltskonsolidierung jedoch nicht enden.

Insbesondere die Hinweise und Bewertungen der Kommunalaufsicht im Zusammenhang mit der Haushaltsgenehmigung verdeutlichen den bestehenden Handlungsdruck. Die strukturellen Ursachen des Haushaltsdefizits werden sich nicht allein durch konjunkturelle Verbesserungen oder steigende Einnahmen beseitigen lassen. Vielmehr



bedarf es eines langfristig angelegten und verbindlichen Konsolidierungskurses. Die CDU-Fraktion hat bereits in der Vergangenheit mit verschiedenen Anträgen und Initiativen deutlich gemacht, dass eine nachhaltige Konsolidierung des strukturellen Defizits aus unserer Sicht insbesondere durch eine Begrenzung und perspektivische Reduzierung der Personalkosten, eine konsequente Überprüfung freiwilliger Leistungen sowie gleichzeitig durch die Stärkung Nettetals als Wirtschaftsstandort erreicht werden muss.

Die CDU-Fraktion versteht die mit diesem Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen deshalb ausdrücklich als **untrennbares Gesamtpaket**. Der **„Nettetal-Pakt für solide Finanzen“** soll einen langfristigen Weg aus dem strukturellen Haushaltsdefizit aufzeigen. Ausgabendisziplin, eine effizientere Verwaltung, verlässliche steuerpolitische Rahmenbedingungen und eine aktive Gewerbeflächenpolitik müssen dabei ineinandergreifen.

Mit der freiwilligen Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes soll Nettetal bereits jetzt einen verbindlichen und langfristigen Konsolidierungspfad entwickeln. Auch wenn derzeit keine Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes besteht, sollte die Stadt nicht abwarten, bis finanzielle Zwänge oder aufsichtsrechtliche Vorgaben ein Handeln erzwingen. Vielmehr wollen wir aus eigener Verantwortung frühzeitig die notwendigen Entscheidungen treffen und einen strukturierten politischen Prozess zur Haushaltskonsolidierung einleiten. Ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept ermöglicht es, Konsolidierungsziele, Einzelmaßnahmen, finanzielle Auswirkungen und Umsetzungszeiträume transparent miteinander zu verknüpfen. Dadurch entsteht sowohl für Politik und Verwaltung als auch für die Öffentlichkeit Klarheit darüber, mit welchen Maßnahmen und innerhalb welchen Zeitraums die dauerhafte finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt wiederhergestellt werden soll. Dass Kommunen auch ohne bestehende gesetzliche Verpflichtung freiwillig einen entsprechenden Konsolidierungsprozess aufstellen können, zeigen Beispiele anderer nordrhein-westfälischer Kommunen, unter anderem der Kreisstadt Mettmann.

Ein besonderer Schwerpunkt muss auf der Entwicklung der Personalaufwendungen liegen. Sie stellen einen der größten dauerhaft beeinflussbaren Ausgabenblöcke des städtischen Haushaltes dar. Mit der von CDU und FDP initiierten Organisationsuntersuchung wurde bereits eine wesentliche Grundlage dafür geschaffen, Strukturen, Aufgaben und Verwaltungsprozesse systematisch zu überprüfen. Ziel der Untersuchung muss es insbesondere sein, Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten, Doppelstrukturen abzubauen, Digitalisierungspotenziale zu nutzen und bestehende Ressourcen zielgerichteter einzusetzen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse und Empfehlungen sollen anschließend konsequent in konkrete Einsparungen überführt werden. Die CDU-Fraktion setzt sich deshalb das Ziel, den Stellenbestand der



Stadtverwaltung bis zum Jahr 2036 um insgesamt **100 Stellen** zu reduzieren. Dabei geht es ausdrücklich nicht um kurzfristige oder pauschale Personalabbaumaßnahmen. Vielmehr soll die Reduzierung durch natürliche Fluktuation, altersbedingtes Ausscheiden, eine kritische Prüfung jeder Stellenwiederbesetzung sowie durch organisatorische und technische Effizienzgewinne erreicht werden. Bei einem Zeithorizont von zehn Jahren besteht die Möglichkeit, diesen Prozess planvoll, zu gestalten. Entscheidend ist jedoch, bereits heute eine verbindliche Zielmarke zu definieren und die zukünftige Personalplanung konsequent daran auszurichten.

Eine wesentliche Gelingensbedingung für nachhaltige Effizienzsteigerungen innerhalb der Stadtverwaltung ist eine moderne und sich fortlaufend weiterentwickelnde IT. Das zuständige Team hat hierbei bereits erste wichtige Erfolge erzielt. Damit diese Lösungen künftig flächendeckend eingesetzt, weiterentwickelt und an neue technologische Möglichkeiten, insbesondere im Bereich Künstlicher Intelligenz, angepasst werden, bedarf es eines konkreten Umsetzungsfahrplans für die kommenden Jahre. Sollten hierfür zusätzliche Ressourcen erforderlich sein, sind diese als Investition in eine dauerhaft effizientere und leistungsfähigere Verwaltung zu verstehen.

Gleichzeitig ist es erforderlich, die seit Jahren wiederkehrende Diskussion über die Höhe der Gewerbesteuer auf eine verlässliche und nachvollziehbare Grundlage zu stellen. Eine erhebliche Erhöhung der Gewerbesteuer stellt aus Sicht der CDU-Fraktion keinen nachhaltigen Weg zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes dar. Sie belastet bestehende Unternehmen, verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Nettetal und kann Investitions- und Ansiedlungsentscheidungen negativ beeinflussen. Die CDU-Fraktion lehnt deshalb weiterhin die im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutierte Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 447 Punkte ab. Gleichzeitig erkennen wir an, dass auch die Wechselwirkungen zwischen dem tatsächlichen Gewerbesteuerhebesatz, dem kommunalen Finanzausgleich und den Schlüsselzuweisungen berücksichtigt werden müssen. Der im Gemeindefinanzierungsgesetz Nordrhein-Westfalen festgelegte fiktive Hebesatz bietet hierfür eine sachgerechte und nachvollziehbare Orientierungsgröße. Die CDU-Fraktion schlägt deshalb vor, den tatsächlichen Gewerbesteuerhebesatz der Stadt Nettetal grundsätzlich an diesen Wert zu koppeln. Damit wird einerseits eine übermäßige Belastung der örtlichen Wirtschaft verhindert und andererseits sichergestellt, dass Nettetal seinen Gewerbesteuerhebesatz nicht dauerhaft unterhalb der Berechnungsgrundlagen des kommunalen Finanzausgleichs festsetzt. Bezogen auf den derzeitigen Hebesatz würde dies lediglich eine maßvolle Anpassung bedeuten. Gleichzeitig schafft eine solche Regelung Planungssicherheit. Statt jährlich wiederkehrender politischer Debatten über beliebige Steuererhöhungen gäbe es eine transparente, objektiv nachvollziehbare und landesweit definierte Orientierung.



Ebenso wichtig ist es, die wirtschaftliche Basis der Stadt und damit langfristig auch ihre Einnahmemöglichkeiten zu stärken. Nettetal steht bei Unternehmensansiedlungen in einem intensiven Wettbewerb mit den Kommunen in der Region. Dieser Wettbewerb wird sich weiter verschärfen, insbesondere wenn in benachbarten Kommunen zusätzliche großflächige Gewerbe- und Industrieflächen entwickelt werden. Die Stadt Nettetal muss deshalb frühzeitig dafür sorgen, auch künftig attraktive und ausreichend verfügbare Flächen für bestehende Unternehmen, Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen anbieten zu können. Die Verwaltung soll daher systematisch darstellen, welche zusätzlichen Gewerbeflächen im Stadtgebiet perspektivisch entwickelt werden können. Einen besonderen Schwerpunkt soll dabei die Prüfung einer Erweiterung des Gewerbegebietes Nettetal-West bilden. Neue Gewerbeflächen schaffen die Voraussetzung für Unternehmensansiedlungen und betriebliche Erweiterungen. Diese schaffen und sichern Arbeitsplätze, stärken lokale Wertschöpfung und erhöhen perspektivisch die Gewerbesteureinnahmen der Stadt.

Mit der Entwicklung zusätzlicher Gewerbeflächen muss zugleich eine klare Ansiedlungsstrategie verbunden sein. Die Wirtschaftsförderung soll daher aufzeigen, welche zukunftsfähigen Branchen und Unternehmen gezielt für Nettetal gewonnen werden können und welche Neuansiedlungen bestehende Wertschöpfungsketten sinnvoll ergänzen oder neue wirtschaftliche Cluster bilden können. Als mögliche Zukunftsbranchen kommen beispielsweise die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie, die Energiebranche sowie Unternehmen aus dem Bereich Künstliche Intelligenz und weiterer Zukunftstechnologien in Betracht.

Der „Nettetal-Pakt für solide Finanzen“ verbindet damit drei zentrale Bausteine einer nachhaltigen Finanzpolitik: langfristige Konsolidierungsplanung, strukturelle Einsparungen bei den Personalaufwendungen sowie verlässliche und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen.

Die finanziellen Herausforderungen Nettetals erfordern Entscheidungen, deren Wirkung teilweise erst über mehrere Jahre vollständig sichtbar werden wird. Gerade deshalb müssen diese Entscheidungen jetzt getroffen werden.

Unser Ziel ist es, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Nettetal dauerhaft zu sichern, ohne kommunalpolitische Gestaltungsmöglichkeiten durch immer neue Steuererhöhungen oder einen später von außen erzwungenen Konsolidierungskurs zu verlieren.

Die CDU-Fraktion ist überzeugt: Je früher Nettetal aus eigener Kraft handelt, desto größer bleiben die politischen Gestaltungsspielräume der kommenden Jahre.



Mit freundlichen Grüßen



Philipp Heks

– Fraktionsvorsitzender –

